Deutscher Bundestag **Drucksache 17/4566**

17. Wahlperiode 26. 01. 2011

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

a) zu dem Antrag der Abgeordneten Frank Schwabe, Dirk Becker, Marco Bülow, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/1960 –

Unsere Meere brauchen Schutz

b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Valerie Wilms, Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 17/1763 –

Schutz der Meere vor Vermüllung und anderen Verschmutzungen

A. Problem

Zu Buchstabe a

Der Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/1960 zielt darauf ab, dass die Bundesregierung auf europäischer und globaler Ebene mehr Engagement für den Schutz der Meere einfordert. Die Bundesregierung soll insbesondere aufgefordert werden, sich für die Schaffung eines globalen Netzwerks von Meeresschutzgebieten durch das VN-Übereinkommen über die biologische Vielfalt (CBD) sowie für den Abschluss eines internationalen Vertrages zum Schutz der Arktis nach dem Vorbild des Antarktisvertrages einzusetzen.

Zu Buchstabe b

Mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/1763 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, die im Anhang I der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie formulierten qualitativen Deskriptoren zur Festlegung eines guten Umweltzustandes als Ausgangsbasis für die genaue Formulierung und Präzisierung von Zielen für den Meeresschutz zu nutzen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1960 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1763 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

a) den Antrag auf Drucksache 17/1960 abzulehnen,

b) den Antrag auf Drucksache 17/1763 abzulehnen.

Berlin, den 1. Dezember 2010

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Eva Bulling-Schröter
Vorsitzende

Ingbert Liebing
Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Angelika Brunkhorst
Berichterstatterin

Sabine Stüber
Berichterstatterin

Dr. Valerie Wilms
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Ingbert Liebing, Frank Schwabe, Angelika Brunkhorst, Sabine Stüber und Dr. Valerie Wilms

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache 17/1960** wurde in der 46. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. Juni 2010 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für Tourismus sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache 17/1763** wurde in der 43. Sitzung des Deutschen Bundestages am 20. Mai 2010 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung sowie den Ausschuss für Tourismus überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Der Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/1960 zielt darauf ab, dass die Bundesregierung auf europäischer und globaler Ebene mehr Engagement für den Schutz der Meere einfordert. Die Bundesregierung soll insbesondere aufgefordert werden, sich für die Schaffung eines globalen Netzwerks von Meeresschutzgebieten durch das CBD sowie für den Abschluss eines internationalen Vertrages zum Schutz der Arktis nach dem Vorbild des Antarktisvertrages einzusetzen.

Mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/1763 soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden, die im Anhang I der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie formulierten qualitativen Deskriptoren zur Festlegung eines guten Umweltzustands als Ausgangsbasis für die genaue Formulierung und Präzisierung von Zielen für den Meeresschutz zu nutzen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/1960 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/1960 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/1960 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/1960 abzulehnen.

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/1960 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/1960 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/1960 abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/1763 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/1763 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/1763 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/1763 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Anträge auf Drucksachen 17/1960 und 17/1763 in seiner 27. Sitzung am 1. Dezember 2010 abschließend beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, beide Anträge würden dem wichtigen Thema Meeresschutz nicht gerecht. Der Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN laute zwar „Schutz der Meere vor Vermüllung und anderen Verschmutzungen“, sein Inhalt beschränke sich aber nicht auf den Kernpunkt der Vermüllung der Meere, sondern sei ein Sammelsurium unterschiedlichster Themen und Forderungen. Bei der aufgeführten Vermüllung an Nord- und Ostsee sei vor allem vor einem falschen Bild zu warnen. Nord- und Ostsee seien keine Meere voller Müll. Gäste, die die Strände an Nord- und Ostsee gerne nutzten, könnten auch weiterhin ruhigen Gewissens kommen und sich an sauberen Stränden wohlfühlen. In einer spektakulären öffentlichen Berichterstattung 2009 von „SPIEGEL ONLINE“, basierend auf einem Bericht des Umweltbundesamtes, habe es geheißen, auf der Insel Sylt würden jeden Tag am Strand von Westerland 2 Tonnen Müll hochgezogen. Tatsache sei aber, dass es sich dabei zu 99 Prozent um den regulär gesammelten Müll der Gäste am Strand in Müllbehältern handele. Dieser werde wiederum von den Kommunen entsorgt. Ein Zusammenhang mit dem Thema Müll bestehe nicht. Man sollte sich daher auf die wesentlichen Punkte konzentrieren. Das Thema Meeresschutz habe in seiner umfangreichen Thematik in den vergangenen Jahren eine zunehmende Aufmerksamkeit erfahren, nicht erst seit dem Unglück im Golf von Mexiko. Auch wenn vieles in den vergangenen Jahren erreicht worden sei, sei dies kein Anlass, sich selbstzufrieden zurückzulehnen. Vielmehr gebe es noch Handlungsbedarf. Insofern sei es auch richtig und konsequent, dass die Bundesregierung diese Themen in ihre Arbeit intensiv mit einbeziehe, dem Meeresschutz einen hohen Stellenwert verleihe und insbesondere bei den internationalen Verhandlungen in den entsprechenden Gremien auch initiativ werde. Drei Themen seien hervorzuheben: Im Bereich der Ostsee der Baltic-Sea-Action-Plan im Rahmen von HELCOM (Helsinki Kommission), mit konkreten Maßnahmen zur Verbesserung der Gewässerqualität und der Biodiversität, die EU-Meeresstrategierichtlinie mit dem Ziel bis zum Jahr 2020 einen guten Umweltzustand der europäischen Meere zu erreichen und die nationale Strategie für die nachhaltige Nutzung und den Schutz der Meere der Bundesregierung. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vernachlässige vieles von dem, was bereits erreicht worden sei. Es seien Forderungen in dem Antrag enthalten, die gegenstandslos seien, wie z. B. die Meldepflicht für Kampfmittelfunde, die bereits bestehe. Zu erinnern sei auch an die Ausweisung der Schwefelemissionssondergebiete für Nord- und Ostsee mit einem Schwefelgehalt von 0,1 Prozent ab dem Jahr 2015. Dies sei auch ein Beispiel dafür, dass diese Themen nicht ganz unproblematisch seien, denn immerhin sei die Schifffahrt das ökologisch sinnvollste Verkehrsmittel. In der Relation zwischen transportierter Ladung und Schadstoffausstoß komme kein anderes Verkehrsmittel mit. Insofern dürfe nicht die Gefahr heraufbeschworen werden, Ladungen von der See auf das Land zu verlagern. Vor einer Verdammung der Schifffahrt sei zu warnen. Zur Forderung nach Forschungsförderung für Emissionsreduzierung sei anzumerken, dass die Wirtschaft schon viel weiter sei, als es der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vermuten lasse. Der Antrag der Fraktion der SPD sei im Kern nicht besser. Auch dieser enthalte eine wahllose Aneinanderreihung meerespolitischer Aspekte. Die generelle Forderung in dem Antrag der Fraktion der SPD, die Bundesregierung solle sich bei allen Themen verstärkt engagieren, veranlasse zu der Frage der Erfolge des Bundesumweltministers der SPD in der vergangenen Legislaturperiode. Deutschland sei führend, wenn es z. B. um die Ausweisung von Meeresschutzgebieten gehe. Die Ostseeregion sei weltweit die erste Region, die die Vorgabe erfülle, 10 Prozent der Fläche als Meeresschutzgebiete auszuweisen. Auf Deutschland entfielen immerhin 35 Prozent des Gesamtanteils.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, das Thema Meeresschutz sei kein neues Thema, habe aber durch das Unglück, verursacht durch die Deepwater Horizon, eine internationale Dimension erlangt. Unstrittig sei, dass die Öleinträge ins Meer zunähmen. Etwa 6,4 Millionen Tonnen Plastikmüll würden jedes Jahr in die Ozeane eingebracht. Das Verdrängungspotential nach dem Unfall der Deepwater Horizon sei sehr groß. Drei Forderungen des Antrages der Fraktion der SPD seien hervorzuheben. Der erste Punkt sei die Schaffung eines globalen Netzwerkes von Meeresschutzgebieten. Der zweite Punkt betreffe den Klimawandel, durch den in der Arktis nach Rohstoffen, insbesondere nach Öl, gesucht werden könne. Dies führe zu einer erheblichen Verschmutzung der Arktis durch Öl. Die Fraktion der SPD fordere daher ein Moratorium zum Schutz der Arktis. Der dritte Punkt betreffe den Umgang mit Ölunfällen, vor allem das Katastrophenmanagement wie im Falle der Deepwater Horizon. Das Unfall- und Katastrophenmanagement sei nicht ausreichend. Solange nicht klar sei, wie man mit Ölunfällen von Plattformen umgehe, die in Tiefen lägen, in die Menschen wegen der Drucksituation nicht gelangen könnten, bedürfe es eines Moratoriums. Dies habe selbst der Bundesumweltminister gefordert. Jetzt sei das Thema aber offenbar wieder weit entrückt. Die Fraktion der SPD dagegen sehe weiterhin Handlungsbedarf.

Die **Fraktion der FDP** stellte klar, der Schutz und der Erhalt der Meere sei ein wichtiges Ansinnen, damit das Meer als Ressource auch in der Zukunft nachhaltig genutzt werden könne. Einige Maßnahmen zum Schutz der Meere seien bereits auf einem guten Weg. Die Verringerung der Emissionen von Stickoxiden und das Verbot von Bunker-C-Öl (Schweröl) sowie die Kartierung von Munitionsfunden seien bereits umgesetzt. Die zunehmende Vermüllung der Meere habe verschiedene Ursachen. Die Plastikabfälle stammten von der Schifffahrt, aus wilden Deponien in Küstennähe, durch den Tourismus und durch die Fischerei. Aufgrund der vielfältigen Müllquellen sei es nur schwer möglich, wirksame Kontrollen durchzuführen. Ansätze gebe es beim Fischen und zusätzlich über den Emissionshandel. Darüber hinaus seien umweltfreundliche Techniken im Seeverkehr weiter auszubauen. Auf europäischer Ebene existiere seit 2008 die Meeresstrategierahmenrichtlinie. Damit sei eine neue Strategie zum Schutz der Meere etabliert worden, die den Ökosystemansatz zu Grunde gelegt habe. Die Fraktion der FDP wolle das globale Netz der Meeresschutzgebiete fortführen und erweitern. Sie stehe für einen Meeresumweltschutz mit Augenmaß. Dabei sollten die Ressourcen weiter-

hin genutzt werden. Daraus folge, dass auch die Ölförderung weiterhin möglich sein müsse. Erforderlich hierfür sei zukunftsträchtige Technik.

Die **Fraktion DIE LINKE.** wies darauf hin, der globale Zustandsbericht zu den Meeren in Nagoya habe die Probleme sehr deutlich aufgezeigt. Um diese zu bewältigen, bedürfe es eines globalen Meeresschutzgebietsnetzes. 2012 sollten es möglichst 10 Prozent sein, derzeit seien es weltweit nur Prozent. Die OSPA-Konferenz habe im September 2010 das weltweit erste Netzwerk von Meeresschutzgebieten auf der Hochsee jenseits nationaler Zuständigkeiten ausgewiesen. Die Fläche der Meeresschutzgebiete im Bereich des Nordostatlantiks betrage 433 000 Quadratkilometer. Dies sei ein Schritt in die Richtung, dass Nord- und Ostsee saubere Meere werden sollten. Bei aller Notwendigkeit des gemeinsamen Handelns sei auch wichtig, dass die Länder nationale Anstrengungen übernähmen. Die Forderung in den Anträgen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würden eindeutig zu einer Verbesserung der Meeressituation führen. Deshalb fänden sie die Unterstützung der Fraktion DIE LINKE. Angesichts der Vielzahl der geforderten notwendigen Maßnahmen sei die Vorgabe eines Zeitraums sinnvoll. Erster notwendiger Schritt der Bundesregierung sei die sofortige Umsetzung der EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie in nationales Recht. Das sei seit Mitte Juli 2010 überfällig. Die Fraktion DIE LINKE. unterstütze auch den Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass Fischer Plastikmüll in den Häfen kostenfrei entsorgen könnten. Dies werde bereits in Schottland und in den Niederlanden praktiziert. Es handele sich um eine Maßnahme, die auch kurzfristig eingeführt werden könne. Wichtig sei, dass die Kenntnisse über die Meere verbessert würden und der Zugang zur Weiterverwendung der Daten gewährleistet werde. Diese Daten müssten länderübergreifend abgestimmt und vor allem vergleichbar sein. Der Vorschlag der EU-Verordnung zur Weiterentwicklung der integrierten Meerespolitik gehe als Konsequenz aus dem Fortschrittsbericht von 2009 nicht weit genug. Der Ozean werde vorwiegend als Wirtschaftsgut betrachtet. Die Ausbeutung der Meere dürfe aber nicht mehr weiter wachsen. Auch das Umweltbundesamt habe festgestellt, dass sich die beiden Aspekte Nutzung und Schutz der Meere in der neuen europäischen Meerespolitik nicht im Gleichklang befänden.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisierte, es gebe immer noch 600 000 Kubikmeter Müll in der Nordsee. Dieser nehme nicht ab. Mittlerweile habe sich ein Plastikstrudel im Atlantik gebildet, wie es ihn schon im Pazifik an zwei Stellen gebe. Es gelte, bei der Kunststofferzeugung Materialien zu entwickeln, die sich bei Kontakt mit Wasser auflösten. Ferner sei die Entwicklung alternativer Schiffsantriebe zu forcieren. Öleinträge fänden sich gerade bei den Fischfang- bzw. Schifffahrtsrouten.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 17/1960 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 17/1763 abzulehnen.

Berlin, den 1. Dezember 2010

Ingbert Liebing
Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Angelika Brunkhorst
Berichterstatterin

Sabine Stüber
Berichterstatterin

Dr. Valerie Wilms
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333